Der „Saskatchewan Courier"
ist die größte deutsche Zeitung der Provinz und wird in allen deutschen Ansiedlungen gelesen. Erscheint jeden Mittwoch und kostet bei Vorausbezahlung nur $1.00 pro Jahr. Bestellungen werden zu jeder Zeit angenommen. Man sende alle Briefe an: „Saskatchewan Courier Publ. Co.", Drawer 452, Regina, Sask., oder spreche vor in der Office: Hamilton Str. Anzeigen-Raten werden auf Verlangen mitgeteilt.

Saskatchewan Courier

Organ der Deutschen Saskatchewans.

The "Saskatchewan Courier"
Is the largest German newspaper published in Saskatchewan. It is by far the best medium to reach the many prosperous Germans in city and country.
Advertising rates on application. Published every Wednesday at Regina, Sask. Subscription price $1.00 in advance.
P. O. Drawer 452. - - - - Phone 657.

1. Jahrgang. Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 4. März 1908. No. 19

Canadische Umschau.

Aus dem Parlament.

Die Opposition im Parlament ist zur Obstruktionspartei geworden, d.h. zu einer Partei, die die Erledigung der Geschäfte gewaltsam hindert.

Drei Monate ist das Abgeordnetenhaus bereits in Sitzung und die tatsächlich getane Arbeit hätte in ebenso vielen Wochen getan werden können. Hunderttausende von Dollars hate diese nutzlose Klatsch- und Skandalgeschichten-Politik der Konservativen dem Lande bereits gekostet und sie machen noch keine Miene, dies Spiel aufzugeben. Anklagen über Anklagen werden ohne Grund und Beweisführung vorgebracht und so kommen die wirklichen Arbeiten nicht weiter. Es ist eine teure Opposition und dabei von keinem Nutzen weder für das Land noch für sich selbst. Das werden die nächsten Wahlen zeigen.

Letzte Woche leistete sich die Opposition das Höchste in fruchtloser und obstinater Kritik. Foster, Dr. Sproule und eine Reihe anderer Herren griffen Hon. Brodeur, den Minister für Schifffahrt und Fischereiwesen, an, weil er ihrer Meinung nach zu große Summen auf seiner Englandreise letztes Jahr gebraucht hatte. Foster ging so weit, daß er ihn einen Dieb nannte. Diese Beschuldigung konnte er aber nicht beweisen und mußte der Maulheld seine Beleidigung kläglich zurücknehmen.

Dann aber ging die Sache erst recht los. Reden folgten auf Reden. Anklagen auf Anklagen, Widerlegungen auf Widerlegungen. Es wurde Abend und es wurde Morgen und immer noch tagte das Parlament und immer stritt man sich herum. Es wurde noch einmal Abend und endlich um 12 Uhr in der Nacht von Sonnabend auf Sonntag vertagte sich das Parlament. Die ganze Sitzung hatte volle 57 Stunden gedauert und wenn der Sonntag nicht angefangen hätte, so hätte man wahrscheinlich noch länger getagt. Und die Resultate dieser Sitzung? Diese sind gleich Null.

Ein Umstand verdient dabei ganz besonders erwähnt zu werden: Der Führer der Opposition R. L. Borden war während der ganzen Sitzung abwesend. Seine Unterführer, Foster, Dr. Sproule, der Orangist und Katholikenfresser, Fowler, Bennett und noch einige Gentlemen führten die konservativen ins unrühmliche Treffen.

Mehr und mehr scheint es zu Tage zu treten, daß Borden, an dessen Ehrlichkeit und gutem Willen man nicht zweifelt, nur noch der nominelle Führer ist. Foster und Konsorten wachsen ihm über den Kopf, so daß er sie nicht mehr bändigen kann und darum blieb er wohl absichtlicherweise fern.

Neueste Nachrichten von Ottawa behaupten denn auch, daß die konservative Partei auseinanderzugehen drohe. Foster strebt nach der Führerschaft und hat eine ganze Reihe Anhänger. Eine Anzahl Konservativer droht ins Regierungslager überzugehen und sensationelle Entwickelungen stehen, wie von gut unterrichteter Seite behauptet wird, unmittelbar bevor.

Montag kam die Vorlage zur Inkorporirung der Saskatchewan, Peace River, Dawson City Railway zur Diskussion. Da die Gesellschaft sehr viele Gerechtsame verlangt, so erhob sich erhebliche Opposition gegen die Gewährung eines Freibriefs. Die Bill wurde schließlich auf den Tisch des Hauses niedergelegt.

Dann wurde das Canadische Banksystem einer längeren Kritik unterzogen und forderte man eine Revision des Bankgesetzes, um die Banken an übermäßigem Spekulieren zu hindern und sie vor allem unter Staats-Kontrolle zu stellen. Einer der Abgeordneten sagte, die Bank of Commerce sei das „größte Spiel-Institut", das es gebe. Hon. Fielding antwortete, daß es Usus in Canada sei, das Bankgesetz alle 10 Jahre zu revidieren. Alle Bank-Charters gehen nur bis zum Jahre 1911. Bis dahin kann eine Revision vorgenommen werden. Er verteidigte dann unser Banksystem in beredten Worten und zeigte besonders, wie unsere Banken die harten Zeiten gut überstanden hätten, viel besser als die Banken in den Ver. Staaten. Darum glaube er nicht, daß die Kritik eine gerechte sei.

Richter Killam gestorben.

In Ottawa verstarb am 1. März Richter Killam, der Vorsitzende der Eisenbahn-Kommission, an der Lungenentzündung.

Richter Killam, der im Jahre 1849 geboren wurde, war ein Mann von großen Fähigkeiten, und hat dem Lande namentlich als Präsident der Eisenbahn-Kommission durch seinen Weitblick, seine großen juristischen Kenntnisse und seine fleckenlose Ehrenhaftigkeit große Dienste erwiesen. Sein Tod kam für Canada sehr ungelegen, da es gerade die Absicht der Regierung war, die Eisenbahn-Kommission zu vergrößern und ihr mehr Rechte und Vollmachten zu verleihen. Es wird schwer werden, einen Nachfolger zu finden, der dieselben hervorragenden Eigenschaften besitzt wie Killam.

Bericht der Brücken-Kommission.

Die Kommission zur Untersuchung des schrecklichen Brücken-Unglücks bei Quebec hat ihren Bericht dem Eisenbahnminister unterbreitet. Sobald das Ministerkabinett den Bericht durchgesehen hat, wird derselbe dem Parlament vorgelegt werden.

Es verlautet, daß die Kommission zu dem Schluß gekommen sei, daß die Ursache nicht im Material und in der Konstruktion gelegen habe, sondern in einem Fehler des Entwurfs.

Die Brücke war als Cantilever (Kragträger) Brücke geplant und wäre, wenn ausgeführt, die größte derartige Brücke der Welt geworden.

Bei der Ausarbeitung des Entwurfes, den man nach dem gewöhnlichen Schema herstellte, vergaß man, daß bei der riesigen Spannung des Mittelteiles der Brücke, die Formula, die für Brücken kleinerer Dimensionen berechnet war, nicht hätte angewandt werden sollen. Das Gewicht wurde infolgedessen für die Spannung zu groß und die Brücke mußte trotz sorgfältigster Konstruktion und trotz des besten Materials zusammenstürzen.

Für den Brücken-Entwurf ist der Chef-Ingenieur der Phoenix Bridge Co. von Philadelphia verantwortlich. Sein Entwurf wurde von dem konsultierenden Ingenieur der Quebec Bridge Co. gutgeheißen. Beide Herren gelten als Autorität ersten Ranges im Brückenbaufach. Infolgedessen genehmigte die Regierung denn auch ihre Pläne.

Der Bericht stellt nur die Tatsachen fest, ohne jemand vom juristischen Standpunkt für das Unglück verantwortlich zu machen. Das ist später die Aufgabe des Parlaments.

Gefährliche Italiener.

Früher nannte man den Westen gern den „wilden Westen". Das hatte sowohl auf die landschaftlichen wie auch auf die gesellschaftlichen Zustände Bezug. Man stellte sich allgemein den Mann vom Westen als ein gesetzloses Individuum vor, der den geladenen Revolver stets in der Hosentasche trug und dem die Kugel nur zu lose im Lauf steckte.

Das war wohl auch vor Jahrzehnten mal so. Jetzt freilich ist das ganz anders und der Westen ist ebenso gesetzliebend als der Osten.

Viel schlimmer als der Mann vom Westen ist in dieser Beziehung der Sohn des sonnigen Italiens. Dieser schleppt meist ein kleines Schießeisen oder einen Dolch, nicht selten auch ein haarscharfes Rasiermesser mit sich herum, um gegebenen Falls seinen Feind oder Beleidiger schnell ins Jenseits befördern zu können.

Montreal hat in letzter Zeit böse Erfahrungen mit diesen heißblütigen Italienern gemacht. In einigen Wochen fanden nicht weniger als 3 von ihnen verübte Mordtaten statt. Daraufhin beauftragte der Premierminister Gouin die Montrealer Polizei, alle Italiener sofort zu entwaffnen. Infolgedessen hat die Polizei schon einen ganzen Haufen von Revolvern, Stilettos und Rasiermessern aus den Taschen der Montrealer Italiener gesammelt und die Eigentümer derselben werden sich vor dem Richter wegen verbotenen Tragens gefährlicher Waffen zu verantworten haben.

Hoffentlich kriegen die Kerle eine gehörige Lektion, sodaß sie diesen Unfug in einem zivilisierten Lande ein für allemal aufstecken. Wir sind hier eben nicht in Italien.

Seinem Ende nahe.

Der Zollkrieg zwischen Canada und Deutschland, der nun seit 1903 besteht, soll seinem Ende nahe sein; auf wie weiter oder breiter Basis der Frieden abgeschlossen werden wird, läßt sich noch nicht genau sagen. Es ist anzunehmen, daß die Verhandlungen, welche jetzt zwischen dem Finanzminister Fielding in Ottawa und dem deutschen Konsulate in Montreal schweben, noch im Laufe des Frühjahrs, spätestens Sommers, zum Abschluß gebracht werden, damit man im Reinen ist, wenn, wie allgemein erwartet wird, die Neuwahlen zum Parlamente im Herbste stattfinden werden. Viele der früheren Reichsdeutschen in Canada sind Anhänger der liberalen Regierung Sir Wilfrid Lauriers, was dieser sehr wohl weiß und zu schätzen versteht; durch den lange anhalten Zollkrieg, der bei den letzten Wahlen 1904 nur als eine vorübergehende Laune angesehen und bei den Wahlen daher nicht besonders beachtet wurde, sind aber viele Deutsche verstimmt worden. Da die Liberalen wahrscheinlich mit einer Majorität aus dem Wahlkampf als Sieger hervorgehen werden, können dann die kommerziellen Beziehungen zwischen Deutschland und Canada weiter gepflegt werden. (W. B.)

Ein gutes Gesetz.

Das Gesetz zur Verhütung von Arbeits-Aussperrungen und Streiks, das im letzten Jahr angenommen wurde, entpuppt sich immer mher als ein für das Land segensreiches. Es sind bereits eine Menge industrieller Zwistigkeiten dadurch erledigt worden. Es kamen nämlich bis zum 15. Februar 30 Dispute vor die Arbitrationsbehörde, davon waren 19 Streitigkeiten zwischen Minen-Gesellschaften und ihren Arbeitern und 11 Eisenbahn- und sonstige Transportationszwistigkeiten. Drei Fälle wurden erledigt, ehe die Schiedsgerichtsbehörde ihr Urteil abgeben konnte, vier stehen jetzt zur Verhandlung und die übrigen sind in friedlicher Weise erledigt worden. Nur ein kleiner Streik brach nach Abgabe des Urteils der Schiedsmänner aus.

Bereits hat man auch in Washington die hohe Wichtigkeit des Gesetzes für Industrie, Handel und Gewerbe eingesehen und Präsident Roosevelt hat Dr. B. Clark nach Canada gesandt, um die Wirkungen des Gesetzes an Ort und Stelle zu untersuchen. Er erklärte kürzlich in Montreal, daß die ewigen Streiks in den Ver. Staaten Handel und Wandel geradezu unterbänden und die Regierung habe sich entschlossen, diesem Uebel in ähnlicher Weise wie Canada zu steuern.

Die Bell Co. möchte verkaufen.

Bei der Jahres-Versammlung der Bell Telephon Co., die am 27. Febr. in Montreal abgehalten wurde, kündigte der Präsident Sise an, daß die Gesellschaft Schritte unternommen hätte, ihr System in Alberta und Saskatchewan an die betreffenden Provinz-Regierungen zu verkaufen. Offenbar fürchtet die Gesellschaft die Konkurrenz der Regierung in Alberta und Saskatchewan.

Die Aktien-Inhaber ermächtigten denn auch die Direktoren, das System im Westen zu verkaufen, wenn die Bedingungen annehmbar wären.

— Von Britisch Columbien wird berichtet, daß die amerikanische Anti-Asiatische Liga im Stillen beschlossen hat, eine Serie von Tumulten gegen die in den Pacific-Staaten wohnenden Asiaten in Szene zu setzen. Sie beabsichtigen auch in Victoria und Vancouver derartige Ausschreitungen zu inszenieren, um auf diese Weise Canada und wenn möglich auch Großbritannien in die notwendiger Weise aus einem solchen Vorgehen resultierenden Schwierigkeiten hineinzuziehen. Eine besondere Demonstration ist nach Ankunft der Pacific-Flotte in San Francisco geplant. Ob diese Nachrichten auf Wahrheit beruhen, ist schwer zu sagen. Doch halten wir es durchaus für möglich. Hoffentlich werden in B. C. geeignete Maßregeln getroffen, um eine Ausführung derartiger Pläne, koste es, was es wolle, zu verhindern.

— Am letzten Samstag Abend betraten drei mit Revolvern bewaffnete Räuber die Logan Ave. Zweigstelle der Union Bank in Winnipeg und befahlen dem Kassierer und Manager unter Vorhaltung der Schießeisen: Hands up! Da die überraschten Bankangestellten keine Zeit hatten, zu ihren Revolvern zu greifen, duckten sie sich schnell und entgingen so sicherem Tode. Die Einbrecher feuerten im ganzen 8 Schüsse ab und eine Kugel drang dem Kassierer in den Oberarm. Da sie wohl fürchteten, die Schüsse würden die Polizei heranziehen, machten die Kerle sich dünne, ohne weiter versucht zu haben, sich Gelder anzueignen.

— Am Sonnabend landete der C. P. R. Dampfer „Empress of Ireland" 900 Passagiere in Halifax, die meistens aus Einwanderern bestanden. Von diesen gingen 500 mit einem Spezialzug direkt nach Britisch Columbien weiter.

— Die Grand Trunk Gesellschaft hate zum Bau von 100 Meilen Eisenbahnstrecke in östlicher Richtung von Prince Rupert am Pacific für die Summe von $8,500,000 vergeben.

— Die Grand Trunk Pacific wird im Frühjahr das Land für 62 neue Städte, die westlich von Winnipeg gebaut werden sollen, zum Verkaufe anbieten. Leider sind die Preise für Bauplätze — $100 bis $500 — viel zu hoch.

Zar und Sultan.

Noch immer ist die türkisch-persisch-russische Situation eine bedenkliche. Die Truppenbewegungen nach und an der Grenze dauern fort. Sollte es zum Kriege kommen, so würden die ersten Schlachten wohl auf dem Gebiet geschlagen werden, das die obenstehende Karte wiedergiebt. Dort stoßen nämlich Rußland, die Türkei und Persien zusammen.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 29. Febr. — Das preußische Herrenhaus bereitete abermals eine große Ueberraschung in Sachen der Polen-Vorlage. Trotz der heftigsten Reden gegen die Gewährung des Enteignungsrechts in der Ostmark nahm das Haus mit stattlicher Mehrheit, mit 143 gegen 111 Stimmen, den Antrag des Oberbürgermeisters Adickes von Frankfurt a. M. an, welcher die Polen-Vorlage in der Fassung des Abgeordnetenhauses wieder herstellt. Hinzugefügt ist nur, daß von der Enteignung noch ausgeschlossen sein sollen: Gotteshäuser, Kirchhöfe, Grundstücke von Kirchen-Korporationen und milden Stiftungen, falls das Besitzrecht heute vollendete Tatsache ist. Mit dieser Abänderung geht die Vorlage an das Abgeordnetenhaus zurück, dessen Zustimmung als wahrscheinlich gilt. Das Ergebnis ist ein großer Sieg des Reichskanzlers Fürsten v. Bülow über seine Widersacher, besonders einflußreiche Militärs.

Kiel, 1. März. — Zu einer höchst eindrucksvollen Ceremonie gestaltete sich die Trauerfeier für den am Sonntag gestorbenen hervorragenden Chirurgen Prof. v. Esmarch, welche in der Nikolai-Kirche zu Kiel stattfand. Admiral Prinz Heinrich von Preußen legte im Namen des Kaiserpaars einen prachtvollen Kranz am Sarg nieder. Die Civil- und Militärbehörden, die Veteranen Schleswig-Holsteins, die städtische Feuerwehr, die Kriegervereine, die Sanitätskolonne, zahlreiche Turnvereine, der gesamte Lehrkörper der Universität, studentische Korporationen und das Offizierkorps der Garnison folgten dem Sarg. Die Beisetzung der sterblichen Hülle fand im Erbgräbnis auf dem Eichhof, der Esmarch'schen Besitzung bei Kiel, statt.

Berlin, 2. März. — Durch eine Erklärung sind die Meldungen im Auslande, daß Deutschland für die „Offene Tür" in der Mandschurei, sei es allein oder heimlich mit der Hilfe der Ver. Staaten, agitiere, dementiert worden. Die japanische Botschaft stellt eine Untersuchung betreffs der Angelegenheit, namentlich hinsichtlich der dem deutschen Auswärtigen Amt von dem chinesischen Gesandten in Berlin unterbreiteten Vorschläge an. Dieser Gesandte soll bekanntlich von Peking Instruktionen erhalten haben, die japanische Behandlung des Handels und Verkehrs in der Mandschurei mit dem Auswärtigen Amt zu besprechen und in Verbindung hiermit hieß es, die Möglichkeit sei vorhanden, daß die Ver. Staaten ein spezielles Abkommen in Bezug auf gleiche Handelsgelegenheiten in ganz China treffen würden. Der chinesische Gesandte hat am vergangenen Dienstag die Frage in ganz allgemeiner Weise mit deutschen Beamten besprochen und anscheinend ist die Angelegenheit dann nicht weiter verfolgt worden, da das deutsche Auswärtige Amt, wie erklärt wurde, durchaus nicht die Absicht hat, Japans Ehrlichkeit in der Mandschurei in Frage zu ziehen. Nichtsdestoweniger wird anerkannt, daß die Interessen der Ver. Staaten und Deutschlands in der chinesischen Handelsfrage identisch sind.

Tiflis, 2. März. — Von autoritativer Seite wird erklärt, daß die aus Konstantinopel kommenden Nachrichten, denen zufolge die türkischen Truppen das umstrittene persische Gebiet in der Nachbarschaft von Urumiah geräumt hätten, nicht auf Wahrheit beruhen. Diese Truppen fahren vielmehr fort, ihre Stellungen beizubehalten. Die zwischen den türkischen und persischen Vertretern der Grenzkommission angeknüpften Verhandlungen sind vollständig abgebrochen worden und nur der Intervention des englischen Konsuls in Urumiah ist es zu verdanken, daß die türkischen Kommissäre, welche diese Stadt morgen verlassen wollten, ihre Abreise verschoben haben. Die Kommissäre warten nun auf neue Instruktionen von Konstantinopel und Teheran. Ungeachtet der von den russischen und türkischen Regierungen offiziell ausgetauschten Versicherungen der freundschaftlichen Natur ihrer gegenseitigen Beziehungen läßt sich doch an beiden Seiten der Grenze eine lebhafte Bewegung konstatieren. Innerhalb der letzten acht Tage wurden Teile der 9. Division der russischen Armee in die Erivan-Provinz vorgeschoben, und auch die türkische Tätigkeit in Armenien ist bemerkenswert und giebt zu Kommentaren Anlaß.

London, 2. März. — Schatzkanzler Asquith reichte im britischen Unterhause die Lizensierungs-Vorlage ein. Die Beratung derselben ist die wichtigste Maßnahme, mit der sich das Parlament in seiner gegenwärtigen Session zu beschäftigen haben wird. Das Kapital, das in Unternehmungen angelegt ist, auf welche Lizensgebühren zu erheben sind, beträgt $1,200,000,000 und etwa 2,000,000 Arbeiter werden in diesen beschäftigt. Nach dieser Vorlage sollen die Lizensen für Wirtschaften bis zu einem gewissen Termin obligatorisch reduziert, dann eine gleichmäßige Lizens für alle eingeführt und ebenso die Zahl der Wirtschaften genau festgestellt werden. Die Zahl der zu lizensierenden Wirtschaften wird sich nach der Bevölkerungszahl zu richten haben, in Städten soll eine Wirtschaft auf 750, auf dem Lande auf 400 Einwohner gestattet werden. Es wird angenommen, daß auf diese Weise in den drei Königreichen, England, Schottland und Irland etwa 30,000 Wirtschaften abgeschafft werden. Das Entschädigungs-System für die Wirte, welche ihrer Lizens beraubt werden, soll in vierzehn Jahren nach Annahme des Gesetzes verfallen. Die Ausgabe von neuen Wirtskonzessionen soll durch Local Option reguliert werden, und eine Mehrzahl der Stimmgeber kann totale Prohibition einführen, wenigstens für drei Jahre, und dann findet eine neue Abstimmung statt. Unter den übrigen Bestimmungen der Bill befindet sich auch eine, wonach am Sonntag während der Stunden, wo die Wirtschaften schließen müssen, nur solchen Personen Getränke verabreicht werden dürfen, die sechs Meilen weit gereist sind.

Teheran, 1. März. — In Teheran (Persien) ist ein Versuch gemacht worden, den Schah durch eine Bombe zu töten. Der Schah blieb unverletzt. Drei der Außenreiter, die ihn begleiteten, wurden getötet. Der Schah verdankt sein Leben seiner eigenen Vorsicht. Er befand sich auf dem Wege nach einer Ortschaft in der Nähe der Hauptstadt, wo er einige Tage zu verbringen gedachte. Die Prozession hatte gerade den Palast verlassen und fuhr durch eine enge Straße, als zwei Bomben von dem Dach eines Hauses auf den Zug geworfen wurden. Eine Bombe explodierte in der Luft, die andere aber schlug auf den Boden nahe dem Automobil des Schahs auf. Dort explodierte sie. Drei Begleitreiter wurden getötet, der Chauffeur und mehrere Zuschauer wurden verwundet und das Fahrzeug ging in Trümmer. Der Schah befand sich aber gar nicht in dem Automobil. Er war so vorsichtig, das Automobil voraus zu schicken, er selbst befand sich in einer Kutsche im hinteren Teil des Zuges. Die Motorcar war geschlossen, und man glaubte, daß er in derselben war. Sobald der Schah die Explosion hörte, stieg er eilends aus seinem Wagen und trat in ein Haus in der Nähe. Dort blieb er, bis ein Truppendetachement geholt worden war. Umgeben von seiner Leibgarde kehrte der Schah dann in den Palast zurück.

— Die Lage in Verbindung mit der geplanten Annexion des Kongo-Freistaats seitens Belgien nimmt eine beunruhigende Wendung an. Es heißt, daß der König Leopold alle seine schönen Versprechungen zurückgenommen hat und man fordert, daß der Spezialfonds, der an Stelle der Krondomäne treten sollte, unter seine Kontrolle komme und nicht unter die des Parlaments, wie ursprünglich vereinbart war. Außerdem fordert er, daß ihm $50,000,000 zur Ausführung einer Anzahl Projekte zur Verfügung gestellt werden. Es heißt, daß die Regierung dieser Forderung ganz entschieden ablehnend gegenüberstehe und entschlossen ist, eher zu resignieren, als den Forderungen zu willfahren. Da der König unter diesen Umständen niemand finden würde, der geneigt wäre, ein Ministerium zu bilden, so würde dies zu Neuwahlen führen, die sicherlich eine gegen den König äußerst feindliche Mehrheit ergeben würden.

Provinzial-Nachrichten.

Freie Fibeln.

Wie bereits mitgeteilt, haben die Regierungen von Saskatchewan und Alberta beschlossen, gemeinsame Fibeln in den öffentlichen Schulen einzuführen. Von verschiedenen Seiten sind die Regierungen für diese Maßnahme kritisiert worden, namentlich aus dem Grunde, weil die Fibeln in Toronto hergestellt werden und ein Kontrakt auf 10 Jahre abgeschlossen worden ist. Man fragt, warum hat man den Kontrakt nicht mit einer westlichen Firma abgeschlossen?

Die Antwort ist einfach die, daß die Fibeln besser und billiger in Toronto hergestellt werden können und die Regierungen mußten sich von diesen beiden Faktoren leiten lassen.

Aber die Konservativen suchen auch aus dieser Maßnahme, die dem Volke entschieden Nutzen bringt und Geld spart, parteipolitisches Kapital zu schlagen. Ein Unterfangen, das sich selbst richtet.

Wir sind nun in der angenehmen Lage, unsern Lesern mitteilen zu können, daß die Regierung von Saskatchewan allen Schülern der öffentlichen Schulen in der Provinz die Fibeln ohne irgend welche Kosten zu liefern wünscht. Die Regierung sagt sich, die Anschaffung der neuen Fibel-Serie würde für die Eltern mit ziemlichen Ausgaben verbunden sein, während die bis jetzt gebrauchten Fibeln wertlos werden. Um nun die Einführung ohne Friktion zu bewerkstelligen und dieselbe zu beschleunigen, will man die Fibeln ganz umsonst liefern.

Namentlich die Eltern, die eine Reihe schulpflichtiger Kinder haben, werden der Regierung für die Maßnahme Dank wissen.

Die Fibeln werden in Kürze fertig gestellt sein und werden den Schulen der Provinz mit Beginn des Frühjahrs-Kursus geliefert werden. In Distrikten, wo die Schulen auch im Winter offen sind, werden die Fibeln im nächsten Herbst eingeführt werden.

Noch eine andere Neuerung ist in Aussicht genommen und wird ein dahingehender Gesetzentwurf wahrscheinlich der nächsten Legislatursitzung vorgelegt werden. Die Vorlage bestimmt nämlich, daß der Vorstand der öffentlichen Schulen das Recht haben soll, alle anderen Schulbücher sowie alle Schulutensilien auf Rechnung des Distrikts zu kaufen und den Schülern frei zu liefern.

Unsere Regierung erachtet nämlich das Erziehungswesen für außerordentlich wichtig und will alles in ihren Kräften stehende tun, jedem Kinde in der Provinz die Vorteile einer guten Elementar-Erziehung zukommen zu lassen. Und es giebt auch tatsächlich vom Standpunkt der künftigen Wohlfahrt der Bevölkerung und des Staates keinen wichtigeren Gegenstand und jeder Deutsche der Provinz sollte die ernsten Bemühungen der Regierung in dieser Richtung voll und ganz anerkennen.

Saatgetreide.

Mit der wirklichen Verteilung des von der Regierung an die Farmer vorgestreckten Saatgetreides hat man nun begonnen. Am letzten Freitag wurden 26 Frachtwagen voll Saatweizen von Winnipeg nach Punkten in Saskatchewan abgesandt. Der Weizen ist gereinigt, eingesackt und fertig zum Gebrauch. Am Sonnabend wurden weitere 21 Frachtwagen mit Weizen abgeschickt.

Wenn man bedenkt, daß Superintendent Leech erst Mitte Februar in Regina ankam und dann die ganze Arbeitsmaschine erst in Ordnung zu bringen hatte, so muß man sich wundern, daß die ganze große Arbeit in so kurzer Zeit so weit abgewickelt worden ist, daß bereits Tausende von Buschel an Ort und Stelle sind. Es heißt, daß der Versandt des Saatgetreides jetzt ununterbrochen fortgehen wird.

Bis zum letzten Montag waren ungefähr 9000 Applikationen eingelaufen und das Quantum des bestellten Saatguts beläuft sich auf 369,227 Buschel Weizen, 383,982 Buschel Hafer und 45,704 Buschel Gerste. Die Regierung scheint keine Schwierigkeiten zu haben, Saatweizen zu bekommen, während der Saathafer zum größten Teil von Prince Edward Island und Großbritannien nach hier gebracht werden muß.

Während früher bestimmt war, daß nach dem 29. Februar keine Applikation mehr berücksichtigt werden könnte, hat die Regierung sich jetzt entschlossen, die Zeit noch um ein Bedeutendes zu verlängern, um den Ansiedlern in den entfernten Teilen der Provinz die Gelegenhit zu geben, ihre Applikationen noch einzuschicken. Auch die Saumseligen und Wankelmütigen haben jetzt also noch Zeit, sich zu entschließen und Saatgut zu bestellen.

Wie uns mitgeteilt wurde, wird man noch für ungefähr eine Woche Bestellungen entgegennehmen. Jedoch sollte sich Jeder mit dem Einsenden seiner Applikation beeilen.

Noch einmal müssen wir darauf hinweisen, daß der Preis für das Getreide nicht niedrig sein wird, aber gutes Saatgetreide ist auch einen guten Preis wert, während schlechtes Saatgut für jeden Preis zu teuer ist.

In Verbindung hiermit möchten wir auf eine eigenarteige Kritik der Regierungsmaßnahme hinweisen.

Erschien da kürzlich in der Prince Albert Times das Angebot eines Farmers namens Donaldson, das folgendermaßen lautete: „Ich gebe einen Buschel guten Saathafer für einen Buschel guten Futterhafer. Wer keinen Hafer austauschen kann, der giebt mir im Herbst zwei Buschel für jeden ihm vorgestreckten Buschel."

Sofort erklärte eine Anzahl Oppositions-Zeitungen, daß diese Offerte eine sehr gute sei, eine viel liberalere wie die der Regierung.

Ist dem so? Wir denken nicht. Die Regierung verlangt von solchen, denen sie Getreide vorstreckt, nur den tatsächlichen Kostenpreis zurück plus 5 Prozent Zinsen. Und das erst nach einem Jahr. Herr Donaldson aber verlangt von solchen, die nicht austauschen können, zwei Buschel für einen Buschel, das sind in Geld umgerechnet volle 100 Prozent Zinsen. Und zwar sind diese schon nach der Ernte, d. h. in ungefähr 6 Monaten zurückzuzahlen.

Wer da die Stirn hat, zu behaupten, die obige Offerte sei generöser wie die Regierungs-Bedingungen, ist entweder nicht recht bei Trost oder aber ein Schwindelmeier.

Wir haben diese kleine Geschichte nur angeführt, um zu zeigen, mit welchen Waffen gewisse Leute gegen die Regierung kämpfen.

Konservativer Kandidat.

Am letzten Mittwoch fand die Delegaten-Konvention der Konservativen des Regina Wahlkreises statt zur Aufstellung eines Kandidaten. Die Konvention war gut besucht und wurde J. K. McInnis, der Herausgeber des „Standard", zum konservativen Bannerträger in den nächsten allgemeinen Wahlen erkoren.

Unter denen, die sich um die Ehre der Nomination beworben hatten, befanden sich auch Dr. Cowan und Thomas Wilkinson.

— Die Regierung der Provinz will sobald wie möglich die Arbeiten zur Erbauung der Parlamentsgebäude in Angriff genommen wissen. Zu diesem Zweck sind auch Unterhandlungen zwischen dem Departement für öffentliche Arbeiten und der C. P. R. im Gange, um eine Spurbahn von einem Punkt nahe den Polizei-Barracken bis zum Bauplatz zu erbauen. Dadurch würde das Heranbringen der riesigen Baumaterialien bedeutend erleichtert und verbilligt. Ein weiterer Schritt ist die Herstellung eines Dammes sowie einer Konkret- und Stahl-Brücke über den Wascana Creek. Die Parsons Construction Co. von Regina, die das für das Departement vorteilhafteste Angebot eingeliefert hatte, wird Damm und Brücke erbauen.

— Das Central-Komite der liberalen Partei der Provinz hat beschlossen, keine weiteren Konventionen der Partei bis zur Vertagung des Dominion Parlaments zusammenzurufen. Die vier Wahlkreise, in denen noch keine Konvention abgehalten worden ist, sind Prince Albert, Humboldt, Saskatoon und Saltcoats.

— Das Wetter während der letzten Woche war in der ganzen Provinz mäßig kalt. Am Donnerstag herrschte ein ziemlich heftiger Schneesturm im nordwestlichen Saskatchewan. Leichte Schneefälle ereigneten sich in den letzten Tagen an vielen Stellen.

— Die Wildschutz-Vereinigung von Saskatchewan hat an den Minister des Innern eine Petition des Inhalts gesandt, daß die Dominion-Regierung eine Anzahl der kürzlich gekauften Büffel von Alberta nach Saskatchewan bringe. Die Moose Mountain Forst Reserve wird als ein sehr geeigneter Platz zur Unterbringung einer kleinen Büffelherde angesehen und man hofft, daß die Regierung dem Ersuchen der Vereinigung nachkommen wird.

— Die Stadt Regina hat nun den Abfall-Verbrennungsofen der Decarie Co. definitiv übernommen.